

**Johanna Bichlmaier: „Das große Fragezeichen“ an der Ostgrenze.** Raumaneignung und Rauminterpretation in der Grenzmark Posen-Westpreußen (1919/22–1938). (Studien zur Ostmitteleuropaforschung, Bd. 61.) Verlag Herder-Institut. Marburg 2024. VIII, 362 S. ISBN 978-3-87969-490-7. (€ 68,50.)

Die Grenzmark Posen-Westpreußen ist zu weiten Teilen *terra incognita*. Wer sich über die Geschichte dieser preußischen Verwaltungseinheit, die nach den Gebietsabtretungen des verlorenen Ersten Weltkriegs aus den zusammengelegten Rümpfen der beiden gleichnamigen Provinzen hervorgegangen war, informieren wollte, konnte bislang lediglich auf etwa eine Handvoll schwerpunktmäßig verwaltungshistorische Überblicke und eine geringe Anzahl an Spezialuntersuchungen zurückgreifen. Insofern sind neue Forschungen über dieses peripher gelegene, aus drei unzusammenhängenden Territorien bestehende und zeitgenössisch als „Provisorium“ (S. 325) wahrgenommene Gebiet zu begrüßen, so auch die hier anzuzeigende Studie, die sich den Raumkonstruktionen widmet. Johanna Bichlmaier ordnet ihre Arbeit in die um die Jahrtausendwende etablierten *border studies* ein und will in ihrer Analyse zwei Hauptebenen unterscheiden, die aus dem Untertitel der Studie hervorgehen: „Raumaneignung“ meint demnach eine praktisch territoriale Untersuchungsebene, die sich auf die physische Dimension des Raumes bezieht, „Rauminterpretation“ hingegen die metaphorisch-diskursive Ebene, den Raum als soziales Konstrukt. Die leitenden Fragen lauten: „In welche Beziehung wurden Territorium und nationaler Raum in der Grenzmark gesetzt? [...] Wie sahen die [sozial konstituierten ‚Grenzmark-Räume‘] aus, wer verfasste und nutzte sie und wo fanden sie ihre argumentativen Anker? [...] Und schließlich: Inwiefern spiegelten sich die reichsweit ausgetragenen Raum- und Grenzdebatten vor Ort wider [...]?“ (S. 24). Die Quellenbasis bilden neben den Verwaltungsüberlieferungen von Ober- und Regierungspräsidium, die mit weiterem amtlichem Schriftgut aus verschiedenen Archiven ergänzt werden, Zeitungen, Zeitschriften und zeitgenössische Publikationen.

Auf die Einleitung folgt mit Kap. 2 ein kurzer Abriss der Region von der Reichsgründung bis zum Versailler Friedensschluss. Den eigentlichen Analyseteil stellt Kap. 3 dar, der 256 der insgesamt 329 Textseiten umfasst. Er untergliedert sich in drei Abschnitte.

Kap. 3.1 ist der „Verortung im Raum“ gewidmet. Gegenstand ist die Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg, das Suchen und Finden des Namens „Grenzmark Posen-Westpreußen“ für das neue Verwaltungskonstrukt und die Etablierung von Schneidemühl (Piła) als Provinzhauptstadt. Weitere Themen sind die Dominanz des langjährigen obersten Verwaltungsbeamten Friedrich von Bülow, der Einfluss der neuen Grenzverhältnisse auf Wirtschaft, Kirche und Militär, ferner die Politik gegenüber der polnischen Minderheit sowie die geplante Absicherung der Grenze durch eine Siedlungspolitik, die aber aufgrund der mangelhaften Aufbringung der notwendigen Ressourcen – Land und Leute – als gescheitert gelten darf. Um Gelder bei der politischen Zentrale flüssig zu machen, wurden Gästen des Berliner Politikbetriebes auf Besichtigungsreisen gezielt Anlagen in besonders schlechtem Zustand gezeigt. Allerdings konnte diese Strategie fehlschlagen, wenn die zugereisten Politiker die Ursachen für die Mängel nicht in fehlenden Finanzmitteln, sondern in der Inkompetenz des Verwaltungspersonals suchten.

Kap. 3.2 befasst sich mit der Mobilität im Raum und über Grenzen hinweg, durch die Individuen vor Ort. Ein Kernproblem der Provinz bestand darin, dass die Verkehrswege in beiden Vorgängerprovinzen bis 1918 west-östlich orientiert waren, in der Grenzmark nach 1918 aber eine nord-südliche Ausdehnung dominierte. Infrastrukturmaßnahmen wurden nach dem Versailler Friedensschluss wegen der Möglichkeit nachträglicher Grenzrevisionen zunächst verschleppt. Erst allmählich trat Besserung ein, auch im Nahverkehr, wobei insbesondere nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ein beschleunigter und demonstrativer Ausbau erfolgte. Die Regeln für den „Kleinen Grenzverkehr“ wurden lokal unterschiedlich gehandhabt und boten Möglichkeiten zu Willkür und Drangsale durch das Grenzpersonal. Gleichzeitig wurden die Bestimmungen durch die Grenzbewohner immer wieder kreativ ausgelegt. Auch entwickelte sich die Grenze zu einem touristischen Ziel,

wobei die Angereisten zuweilen polnische Hoheitssymbole beschädigten. Eifriger Schmuggel in beide Richtungen – auf der deutschen Seite waren insbesondere Butter und Eier beliebt – unterlief die Grenzziehung ebenso wie illegale Arbeitsmigration. Auch eine zeittypische Kuriosität findet sich in diesem Kapitel: Als man in den 1920er Jahren landesweit die Bahnschranken der besseren Sichtbarkeit wegen rot-weiß bemalen lassen wollte, beschwerten sich Regierungsstellen aus Posen-Westpreußen und auch aus Schleswig-Holstein, weil es sich jeweils um die Landesfarben des verhassten Nachbarn handelte – und zwar erfolgreich! Dort durften nach zwei Jahren schriftlichen Insistierens die Bahnschranken schließlich auch preußisch schwarz-weiß bemalt werden (S. 171 f.).

Im Zentrum von Kap. 3.3 wiederum stehen „Raumerzählungen“ (S. 253) und Identitätsbildung als Aufgabenprofil einer regionalen Kulturförderung. Der dafür eigens gegründete „Grenzmarkdienst“ unterhielt Schriftenreihen und Mitteilungsblätter und veranstaltete, ähnlich dem Parallelangebot der Reichszentrale für Heimatdienst, Vortrags-, Lichtbild- und Theaterabende. Vonseiten der SPD wurden indes Zweifel an der Republiktreue einzelner Funktionäre geschürt und die Kooperation mit nationalistischen Verbänden beklagt. Neben der Heimatforschung war auch die Jugendarbeit ein zentrales Betätigungsfeld des „Grenzmarkdienstes“. Bildung, Sport und Wanderungen sollten die Heimat erfahrbar machen, auch für Gruppen von jenseits der Provinzgrenzen, etwa der Bündischen Jugendbewegung. Allerdings erwies es sich als Problem, ausreichend Jugendherbergsplätze bereitzustellen.

Kap. 4 zeichnet gleich einem Epilog die Debatten um eine mögliche Auflösung bzw. Neugliederung der Provinz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme nach. Ab 1933 wurde die Grenzmark in Personalunion vom Oberpräsidenten von Brandenburg verwaltet. Zwei Jahre später kam es zu längeren Diskussionen über eine Gebietsreform, die aber nur mit einer rechtlichen Festschreibung der bereits praktizierten Personalunion endeten. Ein 1938 erlassenes Gesetz sah, flankiert von einigen Gebietstauschen, die Angliederung der Grenzmark als Regierungsbezirk an Brandenburg vor. Durch ein Änderungsgesetz wurde dann die Grenzmark kurzfristig doch Pommern zugeschlagen, womit die Eigenständigkeit als Provinz endete.

Zu den Stärken der Untersuchung gehört die anschauliche Darstellung teils komplexer Sachverhalte im Hauptteil. Gleichwohl ist resümierend zu bedauern, dass der Arbeit eine klar formulierte Kernthese fehlt, die als roter Faden durch das Buch führt und eine Straffung des Materials ermöglicht hätte. Auch verpasst es die Vf., nach persönlicher Meinung des Rezensenten, leider, im Schlusskapitel die zentralen Ergebnisse der Arbeit konzise und auf eine sprachlich verständliche Weise zusammenzufassen. Als Leser bleibt man daher unweigerlich darauf angewiesen, sich die gesamte Arbeit zu erschließen (Hilfestellungen leisten die Zwischenfazits in Kap. 3 und das englischsprachige Abstract am Ende der Untersuchung). Unklar bleibt auch der Zweck des am Ende mehrfach bemühten Vergleichs der „Grenzmark“ mit dem deutsch-deutschen Zonenrandgebiet in der zweiten Jahrhunderthälfte, der weder durch eigene Quellenarbeit noch durch Forschungsliteratur abgesichert wird. Gleichwohl sei diese Studie angesichts der Fülle des gefundenen und ausgewerteten Materials als Pionierarbeit ausdrücklich gewürdigt. Sie zeigt, dass eine weitere Beschäftigung mit der Grenzmark Posen-Westpreußen lohnt.

Friedrichsrub

Daniel Benedikt Stienen

**Andrzej Nowak: Das vergessene Appeasement von 1920.** Lloyd George, Lenin und Polen. Aus dem Poln. von Markus Krzowska. De Gruyter Oldenbourg. Berlin – Boston 2024. XIV, 398 S., Ill. ISBN 978-3-111-33143-0. (€ 99,95.)

Zu Beginn des Jahres 1920 befand sich der wiedererrichtete polnische Staat in einer äußerst prekären Lage. Die Siegermächte des Ersten Weltkriegs und die Architekten der Versailler Ordnung in Europa zeigten sich unwillig, den jungen Staat bei einem Friedensschluss mit Sowjetrußland zu unterstützen. Sie lehnten aber auch jede polnische Offensive